KVD Clasen berichtete, die Verwaltung habe der Bezirksregierung den in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordinierung vom 08.06.2016 gefassten Beschluss zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus seien von allen drei Förderschulen des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung Petitionen an die zuständige Ministerin verfasst worden, die von einem sehr hohen Prozentsatz der Elternschaft unterzeichnet worden seien. In den von der Bezirksregierung vorliegenden Antwortschreiben werde allerdings nur auf die geltende Rechtslage hingewiesen und nicht auf die vorgetragenen Argumente eingegangen.

Die Verwaltung werde daher gemeinsam mit der Stadt Bonn und dem Rhein-Erft-Kreis, auch unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände, noch einmal die Initiative ergreifen und versuchen, auf das Land einzuwirken, um die erbetene Änderung der AO-SF zu erreichen.